Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3002**

16. Wahlperiode 18. 10. 2006

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky, Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Petra Sitte, Cornelia Hirsch, Kersten Naumann, Volker Schneider (Saarbrücken), Oskar Lafontaine, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion DIE LINKE.

Moratorium für PC-Gebühren – sofortige Neuverhandlung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich gegenüber den Bundesländern, insbesondere im Zuge der kommenden Ministerpräsidentenkonferenz vom 18. bis 20. Oktober 2006, für die Neuverhandlung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages dergestalt einzusetzen, die Regelung in § 5 Abs. 3 des Rundfunkgebührenstaatsvertrages, nach der ab dem 1. Januar 2007 für neuartige Rundfunkempfangsgeräte, wie internetfähige PCs, eine Rundfunkgebühr erhoben werden soll, ersatzlos zu streichen; zumindest jedoch deren Anwendung für weitere drei Jahre auszusetzen;
2. den Deutschen Bundestag in Form einer Unterrichtung über die hierzu von ihr eingeleiteten Maßnahmen, unterbreiteten Vorschläge und die dabei erzielten Ergebnisse zu unterrichten.

Berlin, den 17. Oktober 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Nach wie vor sind die Sinnhaftigkeit, Zweckmäßigkeit und Zulässigkeit der auf Grund des aktuellen Rundfunkänderungsstaatsvertrages ab dem 1. Januar 2007 geplanten Einführung von Rundfunkgebühren für internetfähige PCs heftig umstritten. Dies führte dazu, dass sich die Ländervertreter bislang – auch in der Sitzung der Rundfunkkommission der Länder am 21. September 2006 in Düsseldorf – nicht auf eine einheitliche Position verständigen konnten. Vielmehr wurde die Entscheidung trotz des bestehenden akuten Handlungsbedarfs einmal mehr vertagt – nunmehr auf die Ministerpräsidentenkonferenz vom 18. bis 20. Oktober 2006 in Bad Pyrmont. In Anbetracht dessen und vor dem Hintergrund des Beschlusses des Landtags von Schleswig-Holstein zur Aussetzung der Gebührenpflicht für PCs bedarf es daher der Beschlussfassung, damit die Bundesregierung sich im Interesse der von der PC-Gebühr unmittelbar betroffenen Bürgerin-

nen und Bürger, Unternehmen und Vereine für die Streichung der Gebührenpflicht für internetfähige PCs, zumindest jedoch für ein dreijähriges Moratorium zur Einführung einer solchen PC-Gebühr einsetzt. Die Bundesregierung muss erklären, wie sie gegen die PC-Gebühr aktiv wird. Auch hat der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, am 18. September 2006 erklärt: „Ich unterstütze voll die Position von Ministerpräsident Carstensen, keine Erhöhung vorzunehmen und das Moratorium bis 2009 zu verlängern. Bis dahin sollte eine Debatte über eine mögliche Veränderung der Erfassungsgrundlage von Rundfunkgebühren geführt werden, um neuen technologischen Entwicklungen angemessen Rechnung zu tragen.“ Der für den Mittelstand zuständige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Hartmut Schauerte, stimmte dem am 6. Oktober 2006 ausdrücklich zu. Er sagte: „Ich unterstütze (…) den Vorstoß des Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Carstensen und des Bundes-Kulturbeauftragten Neumann für eine Verlängerung des Moratoriums bis 2009 (…). Es gibt zur Zeit mehr offene als geklärte Fragen in der Umsetzung. Deshalb fordere ich die Ministerpräsidenten der Länder, die vom 18.–20. Oktober 2006 zusammen kommen, auf, (…) das Moratorium zu verlängern.“

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333